Studentischer Protest in Berkeley gegen den Druck der Trump-Regierung auf die universitäre Wissens- und Meinungsfreiheit. CARLOS BARRIA / REUTERS

Wenn Professoren zu Feinden werden

Die Zeiten, da im geschützten Bereich der Universitäten frei geforscht werden durfte, scheinen vorbei. Heute werden Forschern von links und rechts gerne politisch-ideologische Vorschriften gemacht. Allerdings lassen sich Wokeismus und Trumpismus nicht einfach gleichsetzen.

Gastkommentar von Margit Osterloh

Donald Trump stellt die Wissenschaftsfreiheit derzeit radikal infrage. Er macht die Bereitstellung der staatlichen Mittel für Universitäten sowie deren steuerliche Begünstigung davon abhängig, ob der Regierung missliebige Themen – wie Diversität oder Ungleichheit – aus den Forschungsprogrammen gestrichen werden. Zahlreiche Universitäten, so etwa die Columbia University, sind eingeknickt.

Die Harvard University hat sich geweigert, auf die Forderungen einzugehen. Sie hat sogar den Schritt gewagt, die Trump-Administration zu verklagen. Diese versuche, eine noch nie da gewesene ungerechtfertigte Kontrolle darüber auszuüben, was gelehrt werden dürfe und wer als Lehrperson einzustellen sei.

Freilich gibt es auch Schilderungen, dass bereits früher in den Vereinigten Staaten erheblicher Druck auf die Forschung ausgeübt wurde. An den Universitäten führte in der Phase der Woke-Dominanz ein intoleranter Zeitgeist zu Cancel-Culture und zu Einschränkungen der Rede- und Forschungsfreiheit. Eine Gruppe um den britisch-amerikanischen Historiker Niall Ferguson hat denn auch eine eigene Universität – die University of Austin in Texas – gegründet, um der kulturellen Hegemonie des Wokeismus zu entgehen.

Auch hierzulande war die Cancel-Culture an Universitäten ein Thema. Katja Rost und ich haben vor etwa zwei Jahren einen erheblichen Shitstorm – die kleine Schwester der Cancel-Culture – über uns ergehen lassen müssen. Studentenvertreter forderten uns zum Rücktritt auf, weil wir Studienergebnisse veröffentlicht haben, die ihnen ideologisch nicht in den Kram passten.

> Subtil ist die Einschränkung der Forschungsfreiheit, wenn es darum geht, Mitglied im «richtigen» wissenschaftlichen Netzwerk mit guten «Haltungsnoten» zu sein.

Trumps Verbotsliste

Einschränkungen der Wissenschaftsfreiheit hat es auch bei uns gegeben. Handelt es sich bei Trumpistan nur um eine Neuauflage von Wokistan? Am augenfälligsten sind Sprechverbote. Amerikanische Wissenschafter durchsuchen derzeit ihre Veröffentlichungen in den sozialen Netzwerken auf Wörter, die auf Trumps Verbotsliste stehen. So etwa nach: «equity», «diversity», «race», «discrimination», «feminism», «climate crisis» oder «Gulf of Mexico».

Aber auch im deutschsprachigen Kulturraum gab und gibt es Sprechverbote. Man denke an das N-Wort. Doch auch Mohren und Zigeuner gehören aus dem Sprachschatz getilgt. Die «gendergerechte Sprache» hat zu administrativ verordneten Wortungetümen wie «MitgliederInnen» oder «Gäst*innen» geführt. In Deutschland gibt es sogar Punktabzüge bei der Bewertung wissenschaftlicher Leistungen, wenn nicht «gegendert» wird.

Schlimmer als die Sprachregelung ist die Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit durch Entlassungen oder Einstellungsstopps. In den USA müssen viele Universitäten Stellen streichen, weil ganzen Forschungsinstituten beispielsweise im Bereich von Entwicklungshilfe, Umweltschutz oder der öffentlichen Gesundheit die Mittel gekürzt wurden. Forschungsprogramme werden obsolet, wenn darin Worte wie «equity» oder «diversity» vorkommen.

Benachteiligungen bei Einstellungen sind auch bei uns nicht unbekannt. So etwa die Diskriminierung von Männern aufgrund von expliziten oder impliziten Quoten oder aufgrund von Gleichstellungs- und Förderprogrammen für Frauen. Es gibt Befunde, wonach an den Hochschulen Männer relativ weniger häufig als Frauen zu Job-Interviews eingeladen werden und Frauen sich im Durchschnitt eine höhere Chance auf einen Lehrstuhl ausrechnen können, selbst wenn sie weniger publiziert haben.

Subtiler als bei der Personalpolitik ist die Einschränkung der Forschungsfreiheit, wenn es bei Berufungen oder der Vergabe von Forschungsmitteln darum geht, Mitglied im «richtigen» wissenschaftlichen Netzwerk mit guten «Haltungsnoten» zu sein.

Zwar gilt in den meisten wissenschaftlichen Disziplinen das Ideal der Neutralität und der Wertfreiheit. Jedoch ist die Trennung von Fakten und Werten oft nur schwer möglich, vor allem in den Sozial- und Geisteswissenschaften, die auf Sprache angewiesen sind. Zudem hat es in diesen Wissenschaften immer schon Stimmen gegeben, welche von Wertfreiheit der Forschung – auch der politisch-ideologischen Absicht nach – wenig halten.

In der Folge haben sich Exponenten dieser Denkrichtung dem politischen Aktivismus innerhalb der Wissenschaft zugewandt. Man denke an die «postcolonial studies», die «critical race theory», Teile der Klimawissenschaften und der «gender studies», die ihre Forschung offen mit politischer Parteinahme verknüpfen.

«Von unten» und «von oben»

Kommt hinzu, dass viele Vertreter einer solchen aktivistischen Wissenschaft die intersubjektive Überprüfbarkeit ihrer Aussagen ausserhalb der eigenen Überzeugungsgemeinschaft ablehnen. Entsprechend sehen nicht wenige Verfechter der «emanzipatorischen Wissenschaft» in ideologisch anders ausgerichteten theoretischen Ansätzen «Werkzeuge systemischer Unterdrückung». Auf der Grundlage dieser Haltung haben sie es allerdings schwer, sich persönlich konsistent mit guten Gründen und überzeugenden Argumenten gegen Trumps Feldzug wider die Wissenschaft als «organisierten Skeptizismus» (Robert Merton) zur Wehr zu setzen.

Bei aller Selbstkritik in Bezug auf merkliche Behinderungen der Forschungsfreiheit in Europa gibt es jedoch deutliche Unterschiede zur derzeitigen antiakademischen Vendetta in den USA. Zum Ersten verordnet die Administration Trump «von oben», welche Begriffe im Wissenschaftsdiskurs erlaubt sind und welche Themen erforscht werden dürfen. Die Einschränkungen aus Wokistan kamen als Initiative «von unten» daher, das heisst, sie gingen als Grundwelle von der Studentenschaft oder der Bevölkerung aus. Vielfach lag ihnen ein regelgeleiteter Entscheidungsprozess zugrunde. In der Stadt Zürich zum Beispiel hat unlängst eine Mehrheit von 57 Prozent der Stimmbevölkerung die Initiative «Tschüss Genderstern» abgelehnt. In anderen Gemeinden wäre die Entscheidung möglicherweise anders ausgefallen. In Trumpistan dagegen überziehen die Regierungsdekrete als willkürliche Diktate das ganze Land.

Zum Zweiten gilt – bei allen erwähnten Einschränkungen im Rahmen eines aktivistischen Verständnisses von Wissenschaft –, dass es eine argumentative Rechenschaftspflicht mit dem Anspruch auf Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit gibt. Diesen fundamentalen Wahrheitsanspruch hat die Regierung Trump vollständig aufgegeben.

Keine Scham, zu lügen

Das hat Auswirkungen auf Aussagen, die wissenschaftlich gestützt sein müssen. Gelogen wurde schon immer – auch in der Wissenschaft. Aber man hat sich geschämt, wenn man irgendwann der Lüge überführt wurde. Das hat sich radikal geändert. Offensichtliche Unwahrheiten – wie die Lüge über die allgemeine Schädlichkeit von Impfungen, die der Gesundheitsminister Robert F. Kennedy in die Welt setzte – werden überraschend zurückgenommen, ohne dass es jedoch zu einer persönlichen Rechtfertigung bzw. zu einer Klärung des eigenen Standpunktes käme.

Bereits 2021 sagte der heutige Vizepräsident J. D. Vance in einer Rede: «Die Professoren sind die Feinde, die Universitäten feindliche Institutionen.» In konsequenter Folge werden die Grundprinzipien akademischer Arbeit ausser Kraft gesetzt, nämlich die Vielfalt der wissenschaftlichen Ansätze und der «zwanglose Zwang des besseren Arguments» (Jürgen Habermas) im akademischen Diskurs. Stattdessen beginnt nunmehr eine staatliche Kontrolle über die Universitäten zu greifen.

Der Wokeismus stellt eine Gefahr für die Forschungsfreiheit dar. Der Trumpismus beerdigt sie.

Margit Osterloh ist Professorin (em.) an der Universität Zürich und Forschungsdirektorin am Center for Research in Economics, Management and the Arts (Crema) in Zürich.